

Heinz-J. Bontrup

Ausweg aus der Rationalitätsfalle

Warum eine Politik der Schuldenbremse von politischer und ökonomischer Borniertheit zeugt

Bei Euro-Einführung wurde in den Maastrichter Verträgen das staatliche Haushaltsdefizit der Euro-Länder auf 3 % und die kumulierte Staatsschuld auf maximal 60 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) restriktiert. Bis heute ist die Logik dieser Zahlen wissenschaftlich nicht begründet worden. Warum hat die Politik den Unternehmen in der EU nicht auch solche Kreditrestriktionen auferlegt? Hieran kann bereits selbst der ökonomisch nicht Gebildete die gesamte Borniertheit von „Schuldenbremsen“, besser „Kreditbremsen“, erkennen. In Deutschland wurde dann ab 2016 die Schuldenbremse statt 3 % sogar mit nur 0,35 % des BIP (bezogen auf den Bund), noch kontraproduktiver als in der EU, in die deutsche Verfassung geschrieben. Und die Bundesländer und in Folge die Kommunen dürfen ab 2020 in Deutschland überhaupt keine Schulden mehr machen. Dies wird ökonomisch nicht gehen, jedoch zukünftig als politische Drohkulisse gegen staatliche Ausgabenpolitik benutzt werden. Und zwar von allen Parteien. Dabei kann sich die Politik sogar auf ganz große Ökonomen berufen: Staatsverschuldung war schon immer ein Thema, dass kontrovers diskutiert wurde. Klassische Ökonomen wie Adam Smith oder David Ricardo haben sie schlicht abgelehnt. Auch Karl Marx sprach bei Staatsverschuldung von einer „Veräußerung des Staates“. Es gab aber auch Gegenstimmen, wie die des Finanzwissenschaftlers Lorenz von Stein, wonach ein Staat „ohne Staatsschuld entweder zu wenig für seine Zukunft tut oder zu viel von seiner Gegenwart verlangt“.

Erst seit Sir John Maynard Keynes „Allgemeiner Theorie“ von 1936 war es dann nach dem Zweiten Weltkrieg in der ökonomischen Theorie eine Selbstverständlichkeit, dass sich der Staat mit seinen Ausgaben nicht parallel zu den rückläufigen privaten Ausgaben verhalten darf (Parallelpolitik), sondern sich antizyklisch in der Krise verhalten muss und dazu Staatsschulden nötig werden, die sich danach wieder durch Wachstum nahezu selbst finanzieren. Keynes hat uns in diesem Kontext auch beigebracht, dass die Krise eine dem kapitalistischen System inhärente Erscheinung ist und dass die Privatwirtschaft ohne eine staatliche Krisenregulierung völlig unfähig ist, aus der Krise herauszuführen. Der Grund ist trivial: Das marktwirtschaftlich-kapitalistische System unterliegt auf Basis des Profitprinzips einer immanenten „Rationalitätsfalle“. In der Krise verhalten sich die Unternehmer profitrational, indem sie ihre Investitionen stoppen, die Arbeitseinkommen kürzen und Entlassungen aussprechen sowie in Folge Arbeitslosigkeit entsteht und die privaten Haushalte krisenbedingt weniger konsumieren. Die dadurch insgesamt einbrechende gesamtwirtschaftliche Nachfrage kann dann nur durch kreditfinanzierte staatliche Nachfrage kompensiert werden. Hier gilt eine zweite ökonomische Trivialität: Wenn keiner mehr ausgibt als er einnimmt, kann auch keiner mehr verdienen und die Wirtschaft kollabiert.

Die dann aber ab Mitte der 1970er Jahre aufkommende neoklassische/neoliberale Irrlehre, die man eigentlich in der Mottenkiste wähnte, hat den wegweisenden wohlfahrtsstaatlichen Keynesianismus wieder zunehmend verdrängt. Der Staat und seine Schulden werden seitdem in einer nicht mehr zu überbietenden primitiven Polemik diskreditiert. Der Staat gilt hier im neoliberalen Mainstream als „Kostgänger“ der privaten Wirtschaft. Dabei zählen die neoliberalen Polemiker*innen dann übrigens nicht nur den

wirklichen Staatsverbrauch zum staatlichen Sektor, sondern auch die Sozialversicherungen, die nicht dem öffentlichen Sektor zugutekommen, sondern ausschließlich den Beitragszahler*innen in Form von Renten-, Gesundheits- und Pflegeleistungen sowie Arbeitslosengeldern zurückgegeben werden.

Der Staat habe sich aus der Wirtschaft weitgehend herauszuhalten und die sogenannten „Selbstheilungskräfte der Märkte“ wirken zu lassen. Staatshaushalte seien auszugleichen. Diese naive Vorstellung hatten die Neoklassiker auch auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise von 1929. Wo dabei die „Politik der schwarzen Null“ endete, ist hinlänglich bekannt. Man stelle sich nur ganz kurz vor, die Politik hätte wieder so borniert 2007/2008 beim Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert und realiter nicht klassisch keynesianisch mit einem deficit spending. Dies wäre womöglich das Ende der kapitalistischen Ordnung gewesen, zumindest hätte es einen ökonomischen Gau gegeben. Die Neoliberalen, die den marktradikalen Kapitalismus wollen, hätten ihn paradoxerweise mit ihrer Irrlehre, wäre sie in der Krise zur Anwendung gekommen, zugrunde gerichtet. Aber diese Dialektik haben die Neoliberalen noch nicht verstanden und trotzdem konnten sie nach der „keynesianischen Rettung“ ihre destruktive Austeritätspolitik, wie schon vor der Krise, weiter betreiben.

Bei Staatsverschuldung geht es jedoch nicht nur um kurzfristige Krisenbekämpfung, sondern auch um strukturell immanente kapitalistische Krisenursachen und deren Beseitigung. Wesentliche Ursache von Staatsverschuldung ist dabei eine permanent vorliegende Massenarbeitslosigkeit und eine breite gesellschaftliche Verarmung. Die daraus entstehenden gesellschaftlichen Fehlallokationen und Kosten überlässt die versagende Privatwirtschaft dem Staat und die herrschende Politik akzeptiert dies. Hinzu kommt eine unter dem verhängnisvollen neoliberalen Paradigma durchgesetzte Umverteilung von den Arbeits- zu den Kapitaleinkünften (Zinsen, Grundrenten und Profiten) – auch dies akzeptiert die herrschende liberale Politik, die nicht einmal bereit ist, die hohen Einkünfte und Vermögen adäquat zu besteuern.

Wer keine Staatsverschuldung will, der muss aber höher besteuern oder die oben genannten entscheidenden Ursachen von Staatsverschuldung, nämlich Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und Umverteilung von unten nach oben, beseitigen. Das Einkommen und Vermögen, dass so den Reichen über Steuern genommen wird, benötigt dann auch nicht mehr der Staat als Kredite und er muss den Reichen dafür auch keine Zinsen mehr zahlen, wodurch diese noch reicher und der Staat noch ärmer wird. Genau diese Auflösung ist aber das Problem, wenn herrschende Politik sich zum Schritt einer höheren Besteuerung und einer radikalen Bestrafung von Steuerkriminellen nicht traut bzw. wenn sie mehrheitlich die Interessen der Vermögenden in den Parlamenten vertreten.

Einen kleinen Trost gibt es aber durch die Europäische Zentralbank (EZB). Sie führt mit ihrer Niedrigzinspolitik einen „atomistischen Kapitalschnitt“ bei den Geldvermögenden durch. Laut Studie der DZ Bank haben so die deutschen Sparer in den letzten zehn Jahren 648 Milliarden Euro an Zinsverlusten hinnehmen müssen. In gleicher Höhe wurden die Schuldner entlastet. Die Kleinen wie die Großen. Der deutsche Staat übrigens mit 368 Milliarden Euro. Der „atomistische Kapitalschnitt“ trifft jedoch auch die sogenannten „kleinen Sparer“. Da aber alle Zinsempfänger, auch die „Kleinen“, wie auch alle Unternehmer, andere Menschen für sich arbeiten lassen (und ausbeuten) und sie selbst für die erhaltenen Zinszahlungen nichts mehr leisten müssen, ist dieser Befund ökonomisch völlig akzeptabel. Hinter Zinszahlungen steht immer menschliche Arbeit. Wenn dies wenigstens einmal verstanden würde! Und es besteht ökonomisch auch nicht das

geringste Anrecht auf Zinszahlungen. Stephan Kaufmann von der Frankfurter Rundschau bringt es diesbezüglich auf den Punkt, wenn er schreibt: „Nach derselben Logik könnten die Gewerkschaften fiktive Lohnerhöhungen in Anschlag bringen, sie mit den realen Lohnerhöhungen vergleichen und ‚Enteignung der Arbeiter‘ rufen. Der Unterschied: Während dem Finanzkapital ein Recht auf Verzinsung zugestanden wird, soll der Arbeiter froh sein, dass er einen Job hat.“